



Tagesordnungspunkt 8:

Die globale Wirtschaft in der Krise

Der Vorstand wird ersucht:

- die Global-Unions-Erklärung anlässlich des Krisengipfels der G20 in Washington, die "Deklaration von Washington", zu billigen;
- Reaktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die sich verschärfende weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu erörtern und
- ein Aktionsprogramm zu beschließen, das der Generalsekretär durchführen und über das bei der nächsten Vorstandssitzung im Oktober 2009 berichtet würde.

**Tagesordnungspunkt 8:****Die globale Wirtschaft in der Krise****Einführung**

1. Während der Vorstand tagt, macht die globale Wirtschaft ihre schlimmste Krise seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts durch. In den letzten Monaten des Jahres 2008 haben sich die Wirtschafts- und die Beschäftigungsaussichten weltweit in spektakulärer Weise verschlechtert, was den Internationalen Währungsfonds (IWF) dazu veranlasste, für 2009 die schlechteste Weltwirtschaftsleistung seit dem Zweiten Weltkrieg zu prognostizieren. Nach Ansicht vieler Wirtschaftsexperten reichen selbst diese düsteren Prognosen noch nicht aus, um dem tatsächlichen Ausmaß der Auswirkungen des finanziellen Zusammenbruchs auf die Realwirtschaft Rechnung zu tragen. Täglich gibt es neue Berichte über die Verschlechterung der Finanz- und der Wirtschaftslage, und es gibt keine überzeugenden Hinweise darauf, wann die sich verschärfende Rezession zu Ende sein wird bzw. wie weit die Talfahrt der Weltwirtschaft gehen wird.

2. Die Gewerkschaften haben das auf einer Mischung aus einer laxen Regulierung der Finanzmärkte, "Kasino-Kapitalismus" und zunehmenden Ungleichheiten basierende ungerechte Globalisierungsmodell, das letztendlich zu der Krise geführt hat, seit vielen Jahren kritisiert. Die Regierungen der führenden Wirtschaftsmächte der Welt haben zwar lange gebraucht, um in abgestimmter Weise zu reagieren, aber letztendlich haben sich die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder¹ am 15. November 2008 zu einem "Krisengipfel" in Washington, D.C., versammelt. Der IGB hat gemeinsam mit dem TUAC parallel dazu von der AFL-CIO ausgerichtete Gewerkschaftssitzungen und Treffen mit Spitzenvertretern der G20, des IWF und der Weltbank organisiert, um Druck auszuüben und Unterstützung für die Gewerkschaftsvorschläge zur Bewältigung der Krise zu mobilisieren.

¹ Die Gruppe der 20 (G20) wurde 1999 ins Leben gerufen, um wichtige Industrie- und Schwellenländer in systematischer Weise zusammenzubringen, um Schlüsselfragen der globalen Wirtschaft zu diskutieren. Sie umfasst Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, die Türkei, das Vereinigte Königreich und die USA sowie die jeweilige Präsidentschaft der Europäischen Union.

3. Dieses Dokument liefert den Vorstandsmitgliedern weitere Informationen über die Beschaffenheit der Krise und die Ergebnisse des G20-Gipfels in Washington. Am Ende des Dokuments werden eine Reihe möglicher Gewerkschaftsmaßnahmen vorgeschlagen, um deren Diskussion der Vorstand gebeten wird. Als Anhänge beigefügt sind die Global-Unions-Erklärung von Washington anlässlich des G20-Gipfels, eine IGB/TUAC-Bewertung der Ergebnisse des Gipfels sowie der Originaltext der Abschlusserklärung der Staats- und Regierungschefs.

Zusammenfassung der globalen Wirtschafts- und Beschäftigungsaussichten

4. Die derzeitige Wirtschaftskrise begann in den USA infolge der unzureichenden Regulierung, die es ermöglichte, dass die Finanzspekulationen astronomische Ausmaße annehmen konnten. Dies ging mit einer unhaltbaren "Blase" am Immobilienmarkt einher, weshalb viele Kommentatoren, einschließlich der Gewerkschaften, seit Jahren gewarnt hatten, dass ein Zusammenbruch der Immobilienpreise lediglich eine Frage der Zeit sei. Aber auch wenn dies unvermeidlich war, so ist durch die Interaktion dieser verschiedenen Faktoren nunmehr eine extrem komplexe und gefährliche Dynamik in der Realwirtschaft entstanden. Für die USA und die Eurozone wird für den Großteil des Jahres 2009 ein Rückgang des BIP prognostiziert, und die Krise weitet sich in zunehmendem Tempo auch auf Schwellen- und Entwicklungsländer aus. Viele Regierungen mussten bereits Notkredite beim IWF beantragen, weil ihre Finanzsektoren gelähmt sind, Kapital aus dem Land fließt, die Währungen zusammenbrechen und das Wirtschaftswachstum zum Stillstand kommt. Dies kommt zu dem beispiellosen Anstieg der Lebensmittel- und Rohstoffpreise Anfang des Jahres und der daraus resultierenden Lebensmittelkrise in Entwicklungsländern hinzu und ist auch vor dem Hintergrund eines sich beschleunigenden Klimawandels zu sehen, der, wenn nicht umgehend Maßnahmen ergriffen werden, die Grundlage nachhaltiger Arbeitsplätze, eines nachhaltigen Wachstums und Wohlstandes untergraben wird.

5. Die IAO hat im Oktober 2008 vorausgesagt, dass sich die weltweite Arbeitslosigkeit von 190 Millionen im Jahr 2007 auf 210 Millionen im Jahr 2009 erhöhen werde, wobei die Zahl der arbeitenden Armen, die weniger als einen Dollar pro Tag verdienen, um 40 Millionen ansteigen und die derjenigen, die mit zwei Dollar pro Tag auskommen müssen, um 110 Millionen zunehmen werde. Für die OECD-Länder wird in den nächsten sechs Monaten ein Anstieg der Arbeitslosenquoten um 20% prognostiziert, obwohl sich dies durchaus als noch zu niedrig angesetzt erweisen könnte. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern kommt es zu massiven Stellenstreichungen, und die Realeinkommen der Privathaushalte gehen zurück. Verschärft werden diese Probleme durch den Rückgang der Überweisungen von Wanderarbeitkräften, von denen viele ihren Arbeitsplatz verlieren und in vielen Fällen mit einer Repatriierung rechnen müssen.

6. In seinem Bericht für den G20-Gipfel hat der IWF seine düstere Wachstumsprognose von nur einem Monat zuvor sogar noch nach unten korrigiert und vorhergesagt, dass die Volkswirtschaften der Industrieländer im nächsten Jahr um 0,3% schrumpfen würden, ihre erste Kontraktion seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach Ansicht des IWF werde das globale Wachstum im nächsten Jahr nur noch 2,2% betragen, weniger als die Hälfte der Wachstumsrate des letzten Jahres und wesentlich weniger als die noch vor einem Monat prognostizierten 3 Prozent.

7. In ihren anlässlich des G20-Gipfels angestellten Berechnungen geht die Weltbank davon aus, dass die Verlangsamung des Wachstums dazu führen wird, dass weltweit 40 Millionen mehr Menschen in extremer Armut leben, zusätzlich zu den 100

Millionen mehr armen Menschen infolge der Lebensmittelkrise Anfang des Jahres. In der Analyse der Bank heißt es, dass die Preise der meisten Grundnahrungsmittel und anderer Rohstoffe (in US-Dollar) seit ihrem Höchststand Mitte 2008 drastisch zurückgegangen seien, dass mit Ausnahme des chinesischen Yuan und des japanischen Yen jedoch nahezu alle Währungen seit September gegenüber dem Dollar an Wert verloren hätten, wodurch in den meisten Ländern verhindert werde, dass sich die niedrigeren Dollarpreise der Rohstoffe in beträchtlich niedrigeren Lebensmittel- und Brennstoffpreisen niederschlagen. Die meisten Lebensmittelpreise werden Prognosen zufolge auch 2009 extrem hoch bleiben.

8. Die anhaltende Verschlechterung der Wirtschaftsaussichten macht deutlich, dass die IAO das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in ihrer Vorhersage vom Oktober 2008 erheblich unterschätzt hat. Darüber hinaus argumentieren viele Kommentatoren, dass die Krise am Finanzmarkt kaum begonnen habe und dass es möglich sei, dass bisher nur ein sehr geringer Teil der Finanzmarktverluste bekannt geworden ist – so dass die Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die Beschäftigung noch wesentlich größer sein könnten. Kurz gesagt steht die globale Wirtschaft jetzt im günstigsten Fall vor einer ernsthaften Rezession und im schlimmsten Fall vor einer potenziellen Katastrophe.

Nationale und internationale Maßnahmen und Antwort der Gewerkschaften

9. Die Regierungen haben auf die aufeinanderfolgenden, immer spektakuläreren Bankenzusammenbrüche zunächst mit Maßnahmen lediglich auf nationaler Ebene reagiert, mit unterschiedlichen Rettungspaketen, einschließlich des 700-Milliarden-Dollar-"Paulson-Plans" in den USA. Der IGB hat dies in einer Pressemitteilung vom 30. September kritisiert und "konzertierte internationale Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ankurbelung des Wachstums" gefordert, "um die unmittelbare Gefahr einer weltweiten Rezession abzuwehren und die Volkswirtschaften auf den Weg einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung zu bringen." Dasselbe haben auch andere Gewerkschaftsorganisationen gefordert, wie etwa der EGB in seiner "Erklärung von London" und viele Gewerkschaften in auf nationaler Ebene abgegebenen Erklärungen.

10. Nachdem am Rande von Zusammenkünften wie den Jahrestagungen des IWF und der Weltbank und in regionalen Foren wie dem EU-Finanzministerrat unverbindliche Diskussionen stattgefunden hatten, hat sich US-Präsident George W. Bush auf den Druck der französischen EU-Ratspräsidentschaft hin schließlich Ende Oktober bereit erklärt, die Staats- und Regierungschefs der G20 für den 15. November zu einem eintägigen Krisengipfel nach Washington einzuladen. Der IGB und der TUAC begannen daraufhin unverzüglich, gemeinsam mit der AFL-CIO für den 14. November einen Gewerkschaftsgipfel in Washington, D.C., vorzubereiten, um einen überzeugenden Beitrag zum G20-Prozess zu leisten, wozu sie im Rahmen der Erklärung von Washington (Anhang I) eine Reihe von Gewerkschaftsforderungen nach einem neuen Modell für die Lenkung der Weltwirtschaft formuliert haben.

11. In der Global-Unions-Erklärung von Washington werden die Regierungen der G20 aufgefordert, anzuerkennen, dass es dringend notwendig ist, mit der Arbeit an einem niemanden ausgrenzenden, gerechteren und demokratischeren System für die Lenkung globaler Märkte zu beginnen. Es wird betont, dass die Gewerkschaften mit am Tisch sitzen und an den entscheidenden Verhandlungen, die in den nächsten Monaten in den verschiedenen Institutionen stattfinden werden, beteiligt sein müssen, ebenso wie die IAO. Die in Washington versammelten Staats- und Regierungschefs

wurden aufgefordert, einen Prozess einzuleiten, der auch Länder jenseits der G20 einschließt und Folgendes beinhalten sollte:

- a. *einen umfassenden Rettungsplan* zur Abwendung der Gefahren einer weltweiten Depression und zur Förderung von Wachstum und menschenwürdiger Arbeit durch: Infrastrukturprogramme; einen "Green New Deal" (eine auf Klimaschutz ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik); steuer- und ausgabenpolitische Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft derjenigen mit mittleren und niedrigen Einkommen und die Beibehaltung der Entwicklungshilfebudgets mit einem Zeitplan für die Erreichung des UN-Ziels von 0,7 % des BIP;
- b. *Maßnahmen zu Schaffung einer wirksamen globalen Wirtschaftsordnung*, einschließlich der Stärkung der IAO und der Beteiligung der Gewerkschaften;
- c. *Maßnahmen zugunsten einer verstärkten internationalen Re-Regulierung der Finanzmärkte, um sicherzustellen, dass sich eine Finanzkrise dieser Größenordnung niemals wiederholen kann*;
- d. *die Auseinandersetzung mit der Krise der Verteilungsgerechtigkeit*, um die zunehmende Ungleichheit zu bekämpfen und ein ausgewogeneres Wachstum in der Weltwirtschaft sicherzustellen, sowohl zwischen den Regionen als auch innerhalb der einzelnen Länder, mit einer größeren Rolle für die Gewerkschaften, um für eine gerechtere Verteilung zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Männern und Frauen zu sorgen.

Zusammenkünfte der Gewerkschaften mit Spitzenvertretern der G20

12. Im Vorfeld des G20-Gipfels in Washington trafen führende Gewerkschaftsvertreter/innen mit den Premierministern des Vereinigten Königreiches und Spaniens sowie mit dem französischen Staatspräsidenten zusammen. In Washington diskutierten führende Gewerkschaftsvertreter/innen der G20 mit den Spitzenvertretern des IWF und der Weltbank sowie mit verschiedenen Regierungschefs und anderen hochrangigen Regierungsvertretern, darunter der brasilianische Präsident Lula da Silva sowie die Premierminister Japans, Taro Aso, und Australiens, Kevin Rudd, und der italienische Wirtschaftsminister, über die "Deklaration von Washington".

13. Die Spitzenvertreter der G20 bekundeten ihr Einverständnis mit bzw. Interesse an vielen der Gewerkschaftsvorschläge und befürworteten generell die Forderung der Gewerkschaften nach der Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Diskussionen über die Gestaltung einer neuen Architektur für die Global Governance. Präsident Lula sagte zu, dass er die Gewerkschaftserklärung an den G20-Gipfel weiterleiten werde und betonte sein Einverständnis mit den Gewerkschaftsforderungen nach einer Rolle in dem Prozess, der Re-Regulierung der Finanzmärkte, dem Schutz der Beschäftigung und einer Beteiligung der IAO an der Überprüfung der institutionellen Architektur. Premierminister Rudd äußerte tiefe Besorgnis über die Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die Beschäftigung und forderte umfassende Maßnahmen der G20, um den weiteren Verfall der Märkte aufzuhalten, die Gesamtnachfrage zu erhöhen, die Regulierung der Finanzmärkte anzugehen und sich mit der Vorstandsvergütung auseinanderzusetzen.

14. Bei dem Treffen mit dem Geschäftsführenden Direktor des IWF, Dominique Strauss-Kahn, betonten die Gewerkschaftsvertreter/innen vor allem, wie wichtig es sei, dass die IAO und die Gewerkschaften an der Gestaltung eines neuen multilateralen Systems beteiligt seien, und sie äußerten Besorgnis über die erneuten wirtschaftspolitische Auflagen von IWF-Krediten, die zu einem geringeren Wirtschaftswachstum, weniger Sozialprogrammen und deregulierten Arbeitsmärkten führten. Strauss-Kahn

sprach über eine Reihe von Maßnahmen, die der IWF im Rahmen seiner Programme ergreife, um auf soziale Anliegen einzugehen, u.a. mittels einer Änderung seiner Kreditauflagen. Er halte einen Dialog zwischen dem IWF und der internationalen Gewerkschaftsbewegung bei den bedeutenden Debatten über die Beilegung der globalen Krise ebenfalls für wichtig und sagte für Januar ausführliche Gespräche des Fonds mit den Gewerkschaften zu.

15. Bei ihrem Treffen mit dem Präsidenten der Weltbank, Robert Zoellick, betonte die Gewerkschaftsdelegation vor allem die entscheidende Rolle menschenwürdiger Arbeit bei der Armutsbekämpfung, den Beitrag, den die Gewerkschaften zur Sicherung der Löhne und Ausgaben leisten könnten, um die Rezession abzuwehren, sowie die Notwendigkeit aufseiten der Weltbank, ihre Kredite an Entwicklungsländer nicht an inakzeptable Auflagen zu knüpfen. Zoellick pflichtete der Bedeutung eines Dialogs bei und wies auf die Art und Weise hin, in der die Bank und vor allem ihre Internationale Finanz-Corporation (IFC) die Kernarbeitsnormen heute untermauerten. Er betonte die Rolle, die die Bank bei der Unterstützung der Entwicklungsländer spielen könne, damit sie weiterhin Zugang zu Krediten hätten, ebenso wie die Notwendigkeit eines ineinandergreifenden Ansatzes bezüglich der verschiedenen Aspekte der Krise, darunter Energie, Lebensmittel und Klimawandel, sowie ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Dimension.

Die Abschlusserklärung der G20

16. Die Staats- und Regierungschefs der G20 tagten einen Tag lang und verabschiedeten eine 16 Punkte umfassende Erklärung (Anhang II), begleitet von einem Aktionsplan zur Umsetzung der Reformgrundsätze. Der designierte US-Präsident Barack Obama nahm selbst nicht an dem Treffen teil, sondern entsandte zwei Vertreter, die informelle Gespräche mit den Vertretern der G20-Regierungen führten.

17. Obwohl in der Abschlusserklärung der G20 "dringende und außergewöhnliche Maßnahmen" zur Unterstützung der globalen Wirtschaft gefordert werden, sieht der Text kaum konkrete und sofortige Maßnahmen im Zuge nationaler oder abgestimmter Aktionen vor und sagt zu Arbeitsplätzen, Lebensstandards oder sozialer Entwicklung so gut wie nichts. Insgesamt hatten die Gewerkschaften eine wesentlich konkretere und überzeugendere Skizzierung der finanz- und geldpolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der Beschäftigungskrise erwartet.

18. Die G20 schlug jedoch vor, die Reform der Bretton-Woods-Institutionen einzuleiten, und sie erkannte die Notwendigkeit an, die Vertretung der Entwicklungsländer darin auszuweiten. Die Erklärung sagt allerdings nicht, inwiefern sich dieser Prozess von der begrenzten Stimmrechtsreform, die der IWF und die Weltbank während des vergangenen Jahres selbst begonnen haben, unterscheiden würde.

19. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit, die Gewerkschaften in den Prozess einzubeziehen, in der Erklärung der G20 nicht erwähnt, ebenso wenig wie die Rolle der IAO, obwohl sie in ihrer im Juni 2008 verabschiedeten Erklärung über soziale Gerechtigkeit damit beauftragt wurde, sich mit den Auswirkungen der Finanzmarktpolitik auf die Beschäftigung auseinanderzusetzen.

20. Der Großteil der G20-Erklärung und des beigefügten Aktionsplans ist der Erläuterung von Maßnahmen zur "Förderung einer effektiven Regulierung" der Finanzmärkte gewidmet. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird den Finanzministern des Vereinigten Königreiches, Koreas und Brasiliens übertragen, die beauftragt wurden,

"Verfahren einzuleiten", bis zum 31. März 2009 einen "zeitlichen Rahmen" für Maßnahmen festzulegen und einen Fahrplan für die Reform der globalen Finanzmarktregulierung auszuarbeiten, über den die Regierungen Rechenschaft ablegen müssen. Bei richtiger Umsetzung könnte dies den Prozess der Re-Regulierung der Finanzmärkte einleiten. Ein positiver Aspekt der G20-Erklärung ist die Tatsache, dass die Regulierungsdefizite im globalen Finanzsystem eingestanden werden, was in früheren G8-Erklärungen nicht der Fall war. Es ist bisher jedoch noch nicht klar, ob die Maßnahmen der G20 diese Defizite in wirksamer Weise angehen werden, und es ist ungewiss, wie spekulative Hedge-Fonds und Beteiligungsgesellschaften reguliert werden sollen. Die Gefahr besteht darin, dass die Reform vermutlich zum Teil von denselben Finanzministerien durchgeführt wird, die die Krise durch die laxen Handhabung ihrer Aufsichtsfunktion überhaupt erst verursacht haben.

21. In der Erklärung wird die Erweiterung des 15 Mitglieder zählenden Forums für Finanzstabilität (FSF)² zugesagt, dem gegenwärtig keine Entwicklungsländer angehören. Insgesamt wurden dem IWF und dem FSF die wichtigsten makroökonomischen bzw. regulierenden Rollen zugewiesen. Dem erweiterten FSF, dem IWF und nicht namentlich genannten "weiteren Gremien" wurde eine zentrale Rolle in der "neuen" Architektur übertragen, und sie wurden damit beauftragt, bis zum 31. März 2009 Empfehlungen mit Blick auf gestärkte Regulierungssysteme auszuarbeiten.

22. Zu der dringenden Notwendigkeit, dass der IWF die Austeritätsauflagen der Vergangenheit aufgibt und stattdessen zu "positiven Auflagen" übergeht, die die Länder dabei unterstützen, das kurzfristige Wachstum wiederherzustellen, wieder für eine gerechte Verteilung von Kosten und Nutzen sowie für langfristige Nachhaltigkeit zu sorgen, schweigt die Erklärung der G20.

23. In der Erklärung wird die kritische Bedeutung der Ablehnung von protektionistischen Maßnahmen in Zeiten finanzieller Unsicherheit unterstrichen und zugesagt, dass man sich um einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde bemühen werde. Nicht anerkannt wird jedoch die Bedeutung des Schutzes grundlegender Arbeitnehmerrechte und der Förderung der Entwicklung im Rahmen dieses Prozesses.

24. Die Staats- und Regierungschefs der G20 und ihre Finanzminister werden am 2. April 2009 in London erneut tagen, um zu prüfen, inwieweit die in Washington gefassten Beschlüsse umgesetzt wurden. Präsident Sarkozy hat bekannt gegeben, dass er plane, am 8. und 9. Januar 2009 einen weiteren Wirtschaftsgipfel in Paris auszurichten, aber zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Dokuments war unklar, inwieweit dies mit dem in Washington begonnenen G20-Prozess zusammenhängt.

25. Es bleibt abzuwarten, wie die Interaktion der G20 mit dem G8-Prozess im Vorfeld des G8-Gipfels im Juli 2009 in Italien aussehen wird. Die Frage, ob die G20 die G8 als Hauptforum für die Diskussion internationaler Wirtschaftsfragen ablösen wird, ist nach wie vor offen.

Schlussfolgerungen: Schritte in Richtung auf die Intensivierung der Gewerkschaftsmaßnahmen

26. Angesichts einer sich noch beträchtlich weiter verschlechternden Beschäftigungslage werden der IGB und seine Global-Unions-Partner ihre Maßnahmen in den

² Dem FSF gehören Vertreter der Finanzministerien, der Zentralbanken und Aufsichtsbehörden bedeutender internationaler Finanzplätze sowie einiger internationaler Finanzinstitutionen an. Es hat seinen Sitz am Hauptsitz der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel (Schweiz).

kommenden Wochen und Monaten auf allen Ebenen fortsetzen und intensivieren müssen. Die wachsende Divergenz zwischen den unregulierten und unkontrollierbaren Finanzmärkten einerseits und dem Finanzbedarf der realen Wirtschaft für die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit andererseits hat die globale Wirtschaft an den Rand einer Katastrophe geführt, wie es in der Global-Unions-Erklärung von Washington heißt. Außerdem gibt es nur wenig Anlass für die Zuversicht, dass hinter verschlossenen Türen tagende Banker und Regierungen dieses Mal die richtigen Entscheidungen treffen werden. Es muss vielmehr für uneingeschränkte Transparenz, Offenlegung und Konsultationen gesorgt werden, damit die Gewerkschaften und die IAO in diesen Sitzungen und Institutionen mit am Tisch sitzen können. Der IGB steht vor der doppelten Herausforderung, die negativen Auswirkungen und das Leid abzumildern und gleichzeitig auf einen grundlegenden Richtungswechsel der Globalisierung hinzuarbeiten, wozu sich der IGB in seinem Wiener Programm verpflichtet hat.

27. Um der internationalen Gewerkschaftsbewegung angesichts dieser dringlichen Umstände eine wirksame Reaktion auf die Krise zu ermöglichen, werden dem IGB-Vorstand nachstehende Aktionsmöglichkeiten zur Diskussion vorgeschlagen:

- i) Im Zuge der sich verschärfenden Krise werden vermutlich alle Länder unter einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Armut sowie des Drucks auf die Realinkommen der Beschäftigten zu leiden haben. Die Maßnahmen der Gewerkschaften auf nationaler Ebene müssen alle IGB-Mitgliedsorganisationen, auch über die G20-Länder hinaus, einbeziehen. Alle Mitgliedsorganisationen müssen ihren Regierungen die Gewerkschaftsvorschläge unterbreiten und um eine Reaktion darauf bitten.
- ii) Der IGB und der TUAC werden im Rahmen des G20-Prozesses (2009 unter Vorsitz des Vereinigten Königreiches) und bei der Organisation der Gewerkschaftsbeiträge zu ihren Gipfeln sowie anderen Tagungen und Verfahren eng mit den Global-Unions-Partnern zusammenarbeiten.
- iii) Dem EGB kommt hinsichtlich der Beeinflussung der Diskussionen innerhalb der EU und bei der Europäischen Zentralbank eine Schlüsselrolle zu.
- iv) Zu diesem Zeitpunkt dürfte eine starke und hochrangige Beteiligung der Gewerkschaften an den bereits geplanten halbjährlichen Treffen auf hoher Ebene mit dem IWF und der Weltbank (Washington, D.C., 14. – 16. Januar 2009) von besonderer Bedeutung sein: Dies wird eine Betrachtung ihrer Rolle beim Krisenmanagement und vor allem eine ausführlichere Diskussion der Themen ermöglichen, die die Gewerkschaftsdelegation bei den G20-Treffen im November 2008 angesprochen hat. Im Vorfeld der Frühjahrstagungen des IWF und der Weltbank (Washington, D.C., 25. und 26. April 2009) werden Global Unions zudem eine detaillierte, aber deutliche Erklärung zur Sanierung der Wirtschaft vorbereiten müssen, die alle Mitgliedsorganisationen im Rahmen ihrer Interventionen bei ihren Regierungen verwenden könnten.
- v) Der TUAC wird bei seiner Plenarsitzung am 11. Dezember über seine Maßnahmen diskutieren, und sein Generalsekretär wird dem Vorstand mündlich darüber berichten. Grundsätzlich wird vorgeschlagen, dass der TUAC als Sammelstelle für Informationen über die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft fungiert, seine Arbeit bezüglich der Re-Regulierung der Finanzmärkte im Anschluss an die Krise fortsetzt und die Interventionen bei den OECD-Ministertagungen und mit Blick auf die G8-Treffen während des Jahres 2009 in Italien im Vorfeld des Gipfels der Staats- und Regierungschefs der G8 (La Maddalena, Sardinien, 8. – 10. Juli) koordiniert.

- vi) Dem FSF, zu dem die Gewerkschaften seit mehreren Jahren keinen Kontakt mehr gehabt haben, muss Aufmerksamkeit geschenkt werden, vor allem wenn dessen Mitgliederbasis über die Industrieländer hinaus ausgeweitet wird.
- vii) Bei den Vereinten Nationen hat deren Generalsekretär Ban Ki Moon Joseph Stiglitz zum Vorsitzenden einer hochrangigen UN-Task Force ernannt, die die Möglichkeit einer Reform des globalen Finanzsystems, einschließlich des IWF und der Weltbank, im Zuge der derzeitigen Wirtschaftskrise prüfen soll. Eine Interaktion mit diesen und anderen UN-Prozessen, vor allem hinsichtlich der Umsetzung der bei der internationalen Folgekonferenz für Entwicklungsfinanzierung in Doha eingegangenen Verpflichtungen, dürfte wichtig sein.
- viii) Der IGB muss sich darum bemühen, die universelle Inkraftsetzung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte in die neue multilaterale Architektur zu integrieren und eng mit der IAO zusammenarbeiten, um in so wirksamer Weise wie möglich auf deren Einbeziehung zu drängen und der Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit aus dem Jahr 2008 maximale Wirkung zu verleihen.
- ix) Bei den fortschreitenden Verhandlungen unter dem Dach des Rahmenabkommens der UN über Klimaänderungen (UNFCCC) (vgl. 4GC/G/9) müssen die Gewerkschaften ihren Teil zu der Gewährleistung beitragen, dass die internationale Gemeinschaft die Notwendigkeit, die Klimaverhandlungen bei der 15. Vertragsstaatenkonferenz (Kopenhagen, 30. November – 11. Dezember 2009) erfolgreich abzuschließen, nicht aus den Augen verliert.
- x) Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Druck infolge der dringenden Maßnahmen im Rahmen des G20-Prozesses nicht zu einem übereilten, entwicklungsfeindlichen Abschluss der Doha-Verhandlungsrunde der WTO führt, vor allem im Bereich der NAMA-Verhandlungen, bei denen die Gewerkschaften bezüglich der potenziell katastrophalen Auswirkungen auf menschenwürdige Arbeit besonders besorgt sind, und in diesem Zusammenhang ist die uneingeschränkte Solidarität der Gewerkschaften sowohl aus Entwicklungs- als auch aus Industrieländern unerlässlich.
- xi) Angesichts des Erfolges des Welttages für menschenwürdige Arbeit (vgl. 4EB/G/12) und der anschließenden Entwicklungen könnte der Vorstand den Nutzen und die Realisierbarkeit eines weiteren weltweiten Aktionstages zur Bekämpfung der Krise erörtern.

Empfehlungen

28. Der Vorstand wird ersucht:

- **die Global-Unions-Erklärung anlässlich des Krisengipfels der G20 in Washington, die "Deklaration von Washington", zu billigen;**
- **Reaktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die sich verschärfende weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu erörtern und**
- **ein Aktionsprogramm zu beschließen, das der Generalsekretär durchführen und über das bei der nächsten Vorstandssitzung im Oktober 2009 berichtet würde.**